



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

**Albaniens blockierte Aufarbeitung der Geschichte. Die Auseinandersetzung
mit dem kommunistischen Regime hat noch kaum begonnen**

Ursprung, D

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-41763>
Newspaper Article

Originally published at:

Ursprung, D. Albaniens blockierte Aufarbeitung der Geschichte. Die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime hat noch kaum begonnen. In: Neue Zürcher Zeitung Online, 3, 5 January 2011, 7.

5. Januar 2011, Neue Zürcher Zeitung

NZZOnline

Albaniens blockierte Aufarbeitung der Geschichte

Die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime hat noch kaum begonnen



Unzählige
Betonbunker sind
stumme Zeugen der
totalitären
Vergangenheit. Hier
im
Vjoses-Tal
. (Bild: Imago)

Albanien tut sich noch immer schwer mit einer kritischen Aufarbeitung des sozialistischen Regimes. Im Grabenkampf der politischen Eliten ist die Abrechnung mit dem Kommunismus für politische Zwecke instrumentalisiert worden.

Daniel Ursprung

Kein anderes osteuropäisches Land verfügt über so viele, wenn auch unfreiwillige Mahnmale, die an die kommunistische Herrschaft erinnern, wie Albanien. Über das ganze Land verstreut, sind mehrere hunderttausend Betonbunker stille Zeugen für die ab den sechziger Jahren repressivste Variante kommunistischer Machtausübung in Europa. Die Bunker, die Albaniens von 1944 bis 1985 mit eiserner Faust regierender Machthaber Enver Hoxha als Schutz vor ausländischen Invasionen errichten liess, verweisen auf den eigensinnigen Charakter des Regimes, das sich in zunehmender Selbstisolierung zum letzten Hort stalinistischer Prinzipien in Europa stilisierte. Zwanzig Jahre nach der politischen Wende, die mit dem Verzicht der albanischen Arbeiterpartei auf ihr Machtmonopol im Dezember 1990 einen ersten Höhepunkt erreicht hatte (siehe Kasten), sind zwar die Standbilder Enver Hoxhas und Stalins verschwunden, doch die Aufarbeitung der Vergangenheit hat noch immer nicht richtig begonnen.

Politisierte «Lustration»

In keinem anderen Land Osteuropas existieren derart wenige seriöse Studien über die sozialistische Zeit wie in Albanien – so liegt nicht einmal eine kritische Hoxha-Biografie vor, obwohl kein kommunistischer Führer so lange und intensiv die Geschicke seines Landes geprägt hat wie er. Neben Berichten in den Medien erschienen auf dem Buchmarkt bisher fast ausschliesslich Editionen von Dokumenten und Memoiren von Opfern des Regimes sowie Angehörigen der Nomenklatura – inklusive der Rechtfertigungsschriften von Familienangehörigen Enver Hoxhas und der Lebenserinnerungen seines Nachfolgers Ramiz Alia. Die 2008 abgeschlossene Akademiegeschichte lässt eine kritische Neubewertung der kommunistischen Herrschaft ebenso vermissen wie die Historiografie insgesamt. Die Gründe für die bisher unterbliebene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sind vielfältig und in der spezifischen Situation der albanischen Transformationsphase zu suchen.

In Albanien verlief die Transformation im Zeichen der stark personalisierten Konfrontation zweier

unversöhnlicher politischer Lager, der Demokraten um Sali Berisha und der zu Sozialisten gewandelten Kommunisten. Die nach 1992 regierende Demokratische Partei Berishas führte unter dem Vorwand des Antikommunismus einen rücksichtslosen Kampf gegen politische Gegner. Ein erstes «Lustrations»-Gesetz war bereits 1993 verabschiedet worden, weitere folgten.

Die antikommunistische Rhetorik kaschierte eine als Hexenjagd inszenierte Machtpolitik. Dies führte zu einer gefährlichen Destabilisierung der staatlichen Institutionen, da der Beamtenapparat aus politischen Gründen ausgewechselt und vielfach wenig erfahrene, aber loyale Parteigänger mit Posten versorgt wurden. Korruption, Wahlfälschung und schliesslich der Zusammenbruch der sogenannten Pyramidensysteme, die der Bevölkerung die wundersame Vermehrung ihrer Ersparnisse versprochen hatten, lösten einen blinden Volkszorn gegen staatliche Institutionen aus.

Kontinuität der Eliten

Die schweren Unruhen von 1997 warfen das Land im Transformationsprozess um mehrere Jahre zurück. Zudem hatte der von Berisha betriebene, nur persönliche Interessen verfolgende Antikommunismus die Idee einer Aufarbeitung der Vergangenheit diskreditiert und wurde von den 1997 bis 2005 regierenden Sozialisten in dieser Form nicht weitergeführt. Mit der Rückkehr Berishas an die Macht im Jahre 2005 wurden «Lustrations»-Gesetze erneut als politische Waffe im Machtkampf gegen die Opposition eingesetzt. Ende 2008 verabschiedete das Parlament ein vom Ausland heftig kritisiertes und später vom Verfassungsgericht zurückgewiesenes «Lustrations»-Gesetz, das der politisch motivierten Hexenjagd von Amtsträgern Tür und Tor geöffnet hätte. Damit war die Aufarbeitung der sozialistischen Vergangenheit einmal mehr zu einer verpolitisierten Angelegenheit verkommen, die auch berechtigte Anliegen auf einen Grabenkampf reduzierte.

Dazu kommt, dass Albanien ein kleines und junges Land ist, das kaum in die vorsozialistische Zeit zurückreichende intellektuelle Traditionen aufzuweisen hat. Die erste Universität des Landes wurde 1957 gegründet, die Akademie der Wissenschaften 1972, das nationale Geschichtsmuseum erst 1981. In einem Land, das nur etwas mehr als drei Millionen Einwohner zählt, ist die Elite entsprechend klein und zudem in Verwandtschafts- und Klientelverhältnissen überaus eng verflochten. Intellektuelle Freiräume sind unter den Bedingungen einer engen Abhängigkeit der wissenschaftlichen Elite von der Politik umso schwieriger zu errichten, als die Beschäftigung mit der Zeitgeschichte immer auch das Ansehen einflussreicher Personen zu tangieren droht, die in den kommunistischen Machtapparat verstrickt waren.

Wie stark die Kontinuität der Eliten ist, zeigt das Beispiel des Regierungschefs Sali Berisha, dessen antikommunistische Rhetorik im Gegensatz zur Nomenklatura-Vergangenheit des ehemaligen Mitglieds im Ärzteteam von Enver Hoxha steht. Albanien's Aushängeschild im Westen, der Schriftsteller Ismail Kadare, war ebenfalls kein Vaclav Havel Albanien's, sondern hatte sich vom Regime vereinnahmen lassen. Das Problem Albanien's besteht darin, dass seine Elite praktisch durchgehend ein Produkt der Hoxha-Zeit ist. Mit dem sich abzeichnenden Generationenwechsel in den politischen und wissenschaftlichen Institutionen wird jedoch mittelfristig eine Elite nachwachsen, die häufig auch Erfahrungen im westlichen Ausland mitbringt und die den alten Dogmen kritischer gegenüberzutreten wird.

Harte Repression

Enver Hoxhas Regime hatte eine besonders rigide Form des Sozialismus hervorgebracht. Blutige Säuberungen des Machtapparates fanden in Albanien als Relikt des Stalinismus bis in die frühen achtziger Jahre statt, als sie im übrigen Osteuropa schon lange nicht mehr praktiziert wurden. Auch die Bevölkerung war von politischer Repression hart betroffen. Häufig waren es nicht Einzelpersonen, sondern mehr als in den Ostblockländern ganze Familien, die in Sippenhaft genommen wurden. Es existierten zahlreiche Dörfer, in denen Verbannte interniert und isoliert wurden, genauso wie Lager für politische Gefangene.

Während die anderen sozialistischen Länder nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 zumindest nach aussen die Fassade einer menschenrechtskonformen Politik aufrechtzuerhalten trachteten und die Repression differenzierter und subtiler gestalteten, hatte sich Albanien als einziges europäisches Land nicht einmal formell auf die Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Das Schicksal der zahlreichen politischen Gefangenen, Verbannten und Nachkommen der Tausende aus politischen Gründen hingerichteten Personen wird heute in Albanien vor allem von Opferverbänden thematisiert. Allerdings verhindert Uneinigkeit zwischen den verschiedenen Vereinigungen ein gemeinsames Vorgehen, während das Schicksal der Opfer in der Öffentlichkeit nur wenig Interesse findet, ja gelegentlich sogar als störend empfunden wird. Grössere Gedenkstätten oder Denkmäler, die an die Repression erinnern, sind bisher nicht eingerichtet worden.

Auch die museale Aufbereitung der sozialistischen Ära ist äusserst bescheiden. An zentralen Erinnerungsorten des alten Regimes finden sich keine Hinweise auf die kommunistische Vergangenheit. Am Ort von Enver Hoxhas Geburtshaus in Gjirokastra, wo bis 1990 eine Ausstellung zum Partisanenkampf der Kommunisten gezeigt wurde, gibt es inzwischen ein ethnografisches Museum. Derweil wird in Tirana über den Abbruch der Pyramide debattiert, die als Gedenkstätte für den Diktator errichtet worden war und mittlerweile als Kulturzentrum genutzt wird. Im Nationalen Geschichtsmuseum wurde bereits 1996 ein Saal zum «kommunistischen Genozid» eingerichtet.

Der unreflektiert verwendete Begriff Genozid, der hier wie in anderen post-sozialistischen Ländern gerne in emanzipatorischer Absicht verwendet wird, verdeckt jedoch die spezifische Art der kommunistischen Repression eher, als dass er sie erhellen würde. Nicht so sehr die gezielte Tötung war hierfür charakteristisch – auch wenn sie gerade in Albanien immer wieder praktiziert wurde –, als vielmehr mannigfaltige Formen der Repression, die vom Entzug von Privilegien, von Studien- oder Berufsverboten über soziale Benachteiligung, Drohungen und psychischen Druck bis hin zu Verbannung, drakonischen Haftstrafen und Folter reichten.

Opfer ohne Täter

Nicht nur für die Debatte in Albanien, sondern generell für den osteuropäischen Vergangenheitsdiskurs typisch ist überdies der Fokus auf die Opferperspektive, während die Frage nach den Tätern, vor allem aber der heikle Bereich der Kollaboration weiter Bevölkerungsgruppen mit dem Regime unterbelichtet bleiben. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu einem Drittel der Bevölkerung in irgendeiner Form mit dem Staatssicherheitsdienst Sigurimi zusammengearbeitet habe. In eine ähnliche Richtung zielen denn auch Projekte wie die Anfang dieses Jahres vom albanischen Parlament beschlossene Einrichtung eines Instituts zu den kommunistischen Verbrechen und seinen Folgen oder ein seit längerem in einem ehemaligen Gefängnis geplantes Museum in Shkodra, das den Verbrechen des Kommunismus gewidmet sein soll.

Auch wenn dies erst bescheidene Anfänge sind, so könnten sie doch zum Ausgangspunkt einer intensiveren Auseinandersetzung mit der kommunistischen Herrschaft werden. Mit der fortschreitenden europäischen Integration Albaniens wird auch die kritische Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte unumgänglich. In einem europäischen Albanien können die von Hoxha gebauten Bunker nicht die einzigen Mahnmale bleiben, die an die Diktatur erinnern.

Daniel Ursprung ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für osteuropäische Geschichte der Universität Zürich.

Verspätete Wende

Daniel Ursprung · Zwanzig Jahre sind es her, seit auch in Albanien das sozialistische Regime unter dem Druck der Strasse zu Zugeständnissen gezwungen wurde, die schliesslich sein Ende herbeiführen sollten. Mit rund einjähriger Verspätung gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten hatte damit die Dynamik des Umbruchs auch das isolierte Albanien erreicht.

Bereits am 14. Januar 1990 war es in der nordalbanischen Stadt Shkoder zu einer antikommunistischen Demonstration gekommen. Im Sommer 1990 flüchteten Tausende von Albanern, inspiriert von den DDR-Botschaftsflüchtlingen in Prag und Budapest im Jahr davor, in europäische Botschaften in der Hauptstadt Tirana und konnten so ihre Ausreise erzwingen.

Die im Spätherbst 1990 anfänglich von Studenten angeführten Proteste brachten schliesslich die Wende. Das in die Defensive gedrückte Regime von Ramiz Alia machte Zugeständnisse und erlaubte Mitte Dezember die Bildung politischer Parteien. Die ersten freien Wahlen Ende März 1991 gewannen die Kommunisten zwar noch. Aber aufgrund von anhaltenden Unruhen fanden ein Jahr später erneut Wahlen statt, aus denen die Opposition um Sali Berisha mit einer Zweidrittelmehrheit als Siegerin hervorging.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/albaniens_blockierte_aufarbeitung_der_geschichte_1.8991179.html